

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und
0.50 Beleghe, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs
Ausland unter Streichband 1.50 (inkl. Postgeb.). Preis der
Einzelnnummer 10 Pf. Verlagsort: Hannover 67 577.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Zeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Kleinanzeigen 5 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf.
Schluss der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 3 Uhr. Postfach
Hannover 67 577.

Nr. 53.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 4. März 1931.

13. Jahrgang.

Wahre Freunde nennt man solche,
Die vom Bösen fern uns halten,
Aber mit bedächtigem Sinne
Für des Freundes Vorteil wachen;
Das Geheimnis treu verbergen,
Nur das Gute laut verkünden,
Wenn es Zeit ist, gerne helfen,
Und im Unglück nicht verschwinden.

Söfer.

Um das 8. bzw. 9. Schuljahr.

Es wird zur Zeit viel von der Einführung des 9., bzw. 10. Jahres Schuljahres, als von einem Mittel, mit dem ein Teil der Arbeitslosigkeit gebannt werden könnte. Wenn man damit auch den Eltern, deren Kinder nach der Schulentlassung unterkommen, ein Jahr länger die Last des Unterhalts der Kinder auflädt, so würde doch ein großer Teil von Kräften, die nach der Schulentlassung von der Wirtschaft aufgenommen werden müßten, aber nicht aufgenommen werden können, zunächst untergebracht und von der Straße entfernt. Es würde auch vermieden, daß Aeltere entlassen und dafür diese billigeren Kräfte eingestellt werden.

Es fragt sich nur, wie dieses 8. bzw. 9. Schuljahr sich sonst auswirkt, welche Ausgaben für Lehrkräfte und Einrichtungen dafür nötig sind. Bei der Schwerfälligkeit, mit der alle Ausgaben auf dem gesetzgeberischen Wege behandelt werden, bei dem unfindlichen Ueberleben und dem Ausfließen von Schwierigkeiten aus allen erdenklichen Gesichtspunkten heraus geht die Zeit vorbei und aus dem 9. Schuljahr wird nichts, statt daß es am 1. April da ist.

Es müßte in einer Notzeit wie der heutigen möglich sein, eine 9. Klasse einfach in den bisherigen Räumen mit den jetzt vorhandenen Lehrkräften zu verpacken. Vor dem Kriege konnte ein Lehrer viel mehr Kinder in einer Klasse haben als heute; das war zu einer Zeit, in der wir uns noch Ausgaben leisten konnten, und uns nicht wie heute das Wasser an der Kehle stand. Der Lehrgang des 9. Schuljahres könnte in der Hauptsache Sport und Handarbeit sein. Wo die 9. Klasse keinesfalls von den vorhandenen Lehrkräften geführt werden kann, müßte die heute überall ins Ueberstiegene ausgebaute Fortbildungsschule ohne Vermehrung der Lehrkräfte und der Räume einspringen. Auch da lohnt sich ein Vergleich mit der Zeit vor dem Kriege, wo noch Abendschulen, in Kleinstädten und auf dem Lande Sonntagsschulen gab, die nebenamtlich versorgt wurden, und die nicht die Tagesarbeit störten, wie heute. Damals konnten wir uns die überstiegen kulturellen Ausgaben von heute leisten, aber wir sparten, weil wir etwas zu verlieren hatten.

Wo das auch bei verschärften Maßnahmen nicht geht, könnte man die Schulentlassenen, bzw. die 9. Klasse, unter Leitung geeigneter Arbeitsloser zu Sport- und Arbeitsgruppen zusammenstellen. Leute, die das praktisch und gut können, und die froh sind, wenn sie etwas zu tun haben, gibt es genug, z. B. gute Vorturner aus Turnvereinen, leitende Angestellte, Meister, Verwalter, Rindergärtnerinnen, Jugendpfleger und -pflegerinnen, Junglehrer, Schwestern, Vereinsleiter, stellenslose Akademiker usw. Wenn die Leute auch nicht von einem wissenschaftlichen Collegium geprüft sind, geht es in Notzeiten doch, oft wahrscheinlich besser, als von solchen, denen ihre Fähigkeiten attestiert sind, denn hier handelt es sich um rein menschliche praktische Fähigkeiten.

Diese arbeitslosen Gruppenführer brauchen nun allerdings nicht gleich wieder „Tarif“gehalt oder Entlohnung erhalten, sondern müssen die Tätigkeit gegen geringe Erhöhung ihrer Unterstützung übernehmen. Es ist bestimmt möglich, mehr als genug geeignete Leute auf Aufforderung hin zu freiwilliger Meldung zu bekommen. Jeder denkende und charaktervolle Arbeitslose kann nur das eine Bestreben haben, um jeden Preis für das, was er bekommt, etwas leisten zu können, um nicht auf die Hilfe anderer, die doch auch die Arbeitslosengelder zum größten Teil sind, angewiesen zu sein.

Ob diese Arbeit der Schulentlassenen in ihrem wirtschaftlichen Erfolg sehr hoch einzuschätzen ist, ist dabei ganz gleichgültig, der Wert einer Sammlung und Be-

schäftigung liegt darin, daß eine große Zahl junger Menschen oder an deren Stelle andere von der Straße verschwinden und nicht gezwungen werden, mit Faulenzen ihre Zeit zu verbringen und sich dadurch ans Faulenzen und Bummeln zu gewöhnen.

Ueber sportliche Betätigung braucht nicht gesprochen zu werden, wie das zu machen ist, ist heute hinreichend bekannt. Welche Arbeiten die Jugendlichen machen sollen, ist je nach den Möglichkeiten zu überlegen. In jedem Ort gibt es Arbeiten, die liegen bleiben, weil sie nach den Tariflöhnen zu teuer sind. Da findet sich Betätigungsmöglichkeit genug, in Wäldern, Gärten, auf der Heide, auf Wegen, in städtischen Anlagen, bei Erdbewegungen, Anlage von Spielplätzen, Sandgruben, Planierungsarbeiten, in der Landwirtschaft usw. Für Mädchen durch Handarbeiten, Kochen, Garten- und Feldarbeiten, Nähkurse, auch Buchführungs-, Maschinenschreib- und Stenographiekurse. Dazu sind keine großen Ausgaben nötig, die Anschaffung von Hacken, Schaufeln, Karren, Beilen oder ähnlichen Werkzeugen spielt gegenüber manchen weniger wichtigen Ausgaben wirklich eine untergeordnete Rolle. Grundsatz ist dabei: nicht die Arbeitsleistung ist die Hauptsache, sondern die Arbeit überhaupt und die Unterbringung in geordnete Tätigkeit, die Erfüllung einer Pflicht. Der Grundgedanke muß der Jugend wieder eingeprägt werden, daß jeder für sich selbst in erster Linie verantwortlich ist und für diese Verantwortung ertragen werden muß, daß ohne Gegenleistung nichts verlangt, nicht einmal etwas angenommen werden sollte. Jeder muß zunächst sehen, sich selbst zu ernähren, mit welcher Arbeit und mit welchem Verdienst, ist völlig Nebensache, Hauptsache ist, daß er es tut. Der Staat muß dieses Bestreben unterstützen, indem er trachtet, jede Leistung und Unterstüttung ohne entsprechende mögliche Gegenleistung abzulehnen, er muß aber auch das Recht auf Leistung, auf Arbeit für den Einzelnen anerkennen und Gelegenheit dazu schaffen.

Ein Gedanke ist bei allen Besprechungen über das 9. Schuljahr nicht einmal berührt worden, nämlich der, warum man nicht mit 7 oder 8 Jahren in der Schule anfängt, statt mit 6 oder sogar noch darunter. Damit würde freilich jetzt nicht sofort gedient sein, aber es würde vorgebeugt werden, und kleine Kinder sind für die Eltern leichter zu Hause zu haben als größere. Es ist doch ein Unsinn, den bei ruhiger Ueberlegung kein Mensch ableugnen kann, manchmal sogar eine Grausamkeit, daß die kleinen Kinder von sechs Jahren in die Schule getrieben werden, während sie noch völlig verpielt sind. Sie würden ein oder zwei Jahre später alles viel besser und schneller begreifen. Diese Quälerei und Abkürzung der schönsten Jugendjahre ist doch ein Unfug, das absolut zu vermeiden wäre. Man sehe sich auch die Buben und Mädels an, die, meist bleich und schwächlich wie sie sind, vollgepfropft werden mit Dingen, die oft Erwachsene nicht können und auch nicht brauchen, und die dauernd, besonders in den höheren Schulen, in Aufregung und Angst gehalten werden mit Diktaten, Schularbeiten, Niederschriften, Probearbeiten und wie die netten Henkersgriffe alle heißen. Wozu denn das? Wozu denn den Kindern die Freude am Lernen und an der Schule mit diesen unmöglichen und übertriebenen Leistungsproben ehrgeiziger Lehrer und Lehrerinnen vergällen? Wozu diese Eile, wenn man hinterher sowieso nicht weiß, was man mit den Schulentlassenen anfangen soll. Wissen wir doch die Kinder bis zu ihrem vollendeten 7. Jahr im Hause. Daß viele Mütter froh sind, wenn sie ihre Plagen los sind, das kann das erste Schuljahr mit und unter 6 Jahren nicht rechtfertigen. Es kommt dabei weniger auf die Mütter als auf die Kinder an. Wenn man aber diesen Einwurf in der Hauptsache gelten lassen will, dann forgiere man doch, daß er entkräftet wird durch entsprechende Einrichtungen, die nicht viel kosten und doch ihren Zweck erfüllen. Die Städte geben Millionen aus für Strandbäder, Arenas, Sportplätze usw. Oft sind es nur kleine Gruppen, die darauf wirklich Sport treiben, die anderen schauen zu. Statt dieser großen kostspieligen Einrichtungen müßte in jeder größeren Straße ein freier Platz sein, auf dem die Kinder sich tummeln können, damit sie von den Haustreppen und von den gefährlichen Straßen fort kommen. Beaufsichtigt werden könnten die Kinder, wenn es nicht anders geht, wieder durch Arbeitslose, die für ihre Unterstützung, die sie beziehen, soweit sie zu solchen Dienst geeignet sind, die Aussicht übernehmen. Es ist alles zu machen, meist ohne große Vorbereitung und Einrichtung, wenn nur der Wille da ist und allerdings auch die Einsicht und — die Macht. Hier wären Notverordnungen am Platze.

Fried Engel.

Im Lichte des Auslandes.

Zeitungsnachrichten zufolge soll in einer Reichsrats-sitzung am 10. Oktober, in der auch ein eventuelles Pensionskürzungs-gesetz zur Beratung stand, ein deutscher Oberbürgermeister gesagt haben: „Es geht nicht an, die hohen Pensionen zu kürzen und damit die Lebenshaltung der wertvollsten Volksschicht im Staat zu schmälern, die müssen von der Not der Zeit unberührt bleiben. Das Volk hat die Pflicht, ihnen die hergebrachten Lebensgewohnheiten zu sichern.“ Auch wenn man einmal annehmen will, daß diese Worte aus dem Zusammenhang gerissen, vielleicht in Wirklichkeit gar nicht so wirklichkeitsfremd zu verstehen waren, wie sie klingen, kann doch kein Zweifel bestehen, daß in gewissen „Oberbürgern“ des deutschen Volkes, zu denen neben den „wertvollsten Volksschichten“, von denen das betreffende Reichsratsmitglied sprach, fraglos z. B. auch die deutschen Oberbürgermeister selbst gehören, eine nahezu erstaunliche Verstandeslosigkeit für die grenzenlose Not der niederen Volksschichten und besonders der Arbeitermassen besteht. Deshalb klingt auch die besagte Äußerung eines deutschen Oberbürgermeisters in Wahrheit gar nicht so unglücklich, wie das vielfach angenommen wird, sondern man kann sie zwanglos erklären aus einer Mentalität der — freilich zahlenmäßig sehr dünnen — Volkskreise, die infolge eigener hoher und höchster Bezüge und infolge eines eigenen, mehr als sorgenlosen Daseins das Denken in den Ziffern, die für den Arbeiter und Bürgersmann maßgebend sind, einfach verlernt haben, und denen das Wort „Not“, diese furchtbare Realität für Millionen von Volksgenossen, nichts anderes ist als ein der vielen Schlagwörter aus dem Klassenkampf-Vokabularium der Arbeitermassen und des Proletariats.

Aus dieser Verstandeslosigkeit zahlreiche maßgeblicher Persönlichkeiten aus den „oberen“ Volksschichten für die Not der anderen erklärt sich letzten Endes die Tatsache, die kürzlich ein moderner Schriftsteller mit den treffenden Worten charakterisierte, Deutschland sei im Grunde „ein Volk von zwei Völkern“, die sich wie zwei völlig fremde Welten durch eine unüberbrückbare Kluft getrennt gegenüberstünden. — Es ist fast beschämend, daß man noch immer in weitesten Kreisen des deutschen Volkes selbst an dieser Sachlage vorbeisehen und sie nicht erkennen will, während Stimmen aus dem Auslande erkennen lassen und beweisen, daß ein seltene Ausländer diesen Kernpunkt deutscher Not, die in all ihren Einzelheiten immer wieder auf die innere Zerrissenheit und Zerküftung — auf die Teilung des einen Volkes in deren zwei, in zwei Welten also — zurückzuführen ist, klar erkennen und zum Ausdruck bringen. Hochinteressant ist in dieser Beziehung der Artikel der französischen Zeitung „La Lumière“ von dem Journalisten Charles Reber, den wir der Monatschrift der französischen religiösen Sozialisten „L'Avantgarde“ entnehmen und aus dem wir folgenden Passus hier folgen lassen:

„Heute habe ich die Beziehungen zu dem Nachkriegs-deutschland wieder aufgenommen. Ich habe die Vergnügungsviertel von Berlin wiedergesehen, die sich nicht verändert haben; ich bin durch die Geschäftsgegenstände gegangen, und durch die Quartiere der Arbeiter. Ich habe mit Dutzenden von Menschen aus allen politischen Parteien, von den Kommunisten bis zu den Nationalsozialisten, mit Sozialdemokraten, Demokraten und Reaktionsären gesprochen. Eine ganze Woche habe ich in der fieberhaften Hast eines Menschen gelebt, der zu sehen und zu verstehen sucht, und der nun, nachdem er alles verstanden hat, fühlt, wie die Angst ihn überwältigt. Die Wahrheit, die noch niemals geschadet hat, wo man sie auch anwandte, die ganze Wahrheit muß gesagt werden. Es ist wahr, daß eine entsetzliche Gefahr, wie Europa sie noch nicht gekannt hat, nicht allein Frankreich, sondern ganz Europa bedroht: Im Mittelpunkt des Erdteils kommt ein Volk vor Hunger um. Das ist die brutale Wahrheit und die Nationalismen, die in Europa wüten, tragen die Schuld daran.“

Der Verfasser gibt dann die genauen Zahlen über die Arbeitslosennot in Deutschland und über die unverhältnismäßig hohen Preise, um schließlich fortzufahren:

„In den Straßen fühlt man die Scham, man streift das Elend: Kleider und Anzüge sind fadenscheinig bis dort hinaus, der Hut ist alt, und die Schuhe halten noch durch ein Wunder des Schicksals. In den Arbeiterquartieren Kinder mit blassem Gesicht, Frauen, müde und abgemagert. Man hat mir 10 Fälle genannt, in denen Arbeitslose den Tag über im Bett bleiben, um nicht zu viel Hunger zu haben, die von schwarzem Brot und schwarzem Kaffee leben. Niemals, selbst in der Inflation nicht,

hat man soviel Bettler in den Straßen gesehen . . . Das Bild, das nirgends übertrieben ist, streift an Wahnsinn, denn dazu kommt nun: Im Westen Berlins, am Kurfürstendamm breitet sich ein schreiender Luxus aus, und die Läden strotzen von Lebensmitteln und französischen Früchten, wie man sie niemals in Frankreich findet. Und hier muß man den Schlüssel für die Lage suchen, in diesem Widerspruch, in diesem Dualismus: Deutschland kann die Jahresraten für den Youngplan bezahlen. Aber das Deutschland, das bezahlen kann, schafft, wie Minister Stegerwald sagt, sein Geld — 6 bis 7 Milliarden — nach der Schweiz: Es stiehlt und bezahlt nicht. Und das Deutschland, das tatsächlich bezahlt, ist am Ende seiner Kräfte. Der Verantwortliche an der ganzen Lage ist der Kapitalismus, das kapitalistische System . . .

Das ist unsere Lage im Riddle des Auslandes, und man kann wohl sagen, daß der französische Journalist die Zustände im deutschen Vaterlande mit klaren Augen gesehen und treffend geschildert hat. Der Wahrheit, die der Ausländer erkannte, muß auch in allen Schichten des deutschen Volkes — in beiden Welten desselben also — eine Bresche geschlagen werden, und es muß gründlich aufgeräumt werden mit den faßsam bekannten Redensarten, mit denen man im Unternehmertum und seitens der Parteigänger des Kapitalismus (nur des Kapitalismus?) — Die Red.) die wahre Lage zu verschleiern sucht. Wenn es da immer wieder heißt, daß Deutschland sei, daß die Einbuße an Volksvermögen usw. Schuld sei an der Notlage des Volkes, so ist das nur sehr beschränkt richtig. Gewiß haben wir Verluste und Einbußen in gewaltigem Umfang erlitten, aber trotz alledem sind immer noch Volksvermögenswerte vorhanden, die an sich völlig ausreichen, unser Volk in allen seinen Schichten ausreichend zu ernähren und auch noch in beschränktem Maße an eine Abtragung der uns aufgezwungenen Lasten zu gehen. Dazu tut es aber vor allen Dingen, eine gerechte Verteilung der vorhandenen Vermögenswerte vorzunehmen, und auf dieses unerlässliche „Muß“ weist der Bericht des französischen Journalisten mit voller Deutlichkeit hin, weil aus ihm ersichtlich, wie wenig die gegenwärtige Güterverteilung als eine auch nur annähernd gerechte anzusehen ist. Censor.

Hilfe für arbeitslose Jugend!

Überall in Deutschland der Ruf nach produktiver Erwerbslosen-Politik; Auswertung der Zeit, die die wirtschaftliche Notlage einzelnen und ganzen Volks- und Altersschichten unausgenutzt übergeben hat. Man braucht nicht jugend-psychologisch gebildet zu sein, man muß nur jung sein oder einmal wirklich jung gewesen sein, um beurteilen zu können, was Arbeitslosigkeit gerade in den Jahren um zwanzig bedeutet. Man will in diesem Alter etwas sein, will seinen Platz haben. Man muß die überschüssige Kraft loswerden und will die Welt gestalten, sie „ganz anders“ machen. Für den gefunden jungen Menschen ist Arbeit das notwendige Ventil.

Man kann die Jugend heute arbeitsmarkt-politisch in zwei Gruppen teilen, in die 14- bis 17-Jährigen und 18- bis 21-Jährigen. Die Lage der 14- bis 17-Jährigen ist allgemein die günstigere. Diese Jugend ist billige Arbeitskraft, weil die Tarifsteigerung des Lohnes erst mit dem 18. Jahr beginnt. Zwei Drittel etwa sind mit mehrjährigem Lehrvertrag als Lehrlinge in Handwerk, Industrie und Handel tätig und damit vor der Gefahr des

Arbeitsloswerdens einigermaßen geschützt. In der größten Berufsnot stehen die 18- bis 21-Jährigen. Sie sind ausgebildete, daher teure, aber noch nicht als „voll“ anerkannte Arbeitskräfte. Sie müssen trotz kostspieliger Ausbildung oft wieder — günstigenfalls — ungelernete Arbeiter in fremden Arbeitsgruppen werden; meist aber finden sie, angesichts des 6-Millionen-Arbeitslosenheeres, überhaupt keine Arbeit. Ihnen muß vor allem die Arbeitslosenfürsorge gelten.

Der Evangelische Reichsverband weiblicher Jugend hat diese Aufgabe schon seit vielen Jahren in Angriff genommen. Das Burkhardschhaus in Berlin-Dahlem, die Zentrale des Verbandes, steht mit seinen 33 Landes- und Provinzialverbänden in reger Zusammenarbeit. Schon 1925 wurden erwerbslose junge Mädchen zu einem mehrmonatlichen Haushaltungskursus eingeladen. Mit der wachsenden Not nahmen immer mehr Teilverbände diesen Arbeitszweig auf: Freizeiten und Kurse wurden veranstaltet, Nähen, Kochen, Säuglingspflege und Krankenpflege wurden gelehrt, Umschulungskurse für Hausangestellte gehalten. Auf Veranlassung eines Arbeitsamtes wurde ein Umschulungskursus junger Mädchen für landliche Stallarbeit eingerichtet, um sie nicht nur zur Technik, sondern auch zur inneren Bereitschaft zu führen. Sonstige Umschulung von Industrie- zur Landarbeit fand statt.

In diesem Winter ist ein besonderes Planen und Schaffen in dieser Richtung spürbar. Anregungen gehen hin und her zwischen dem Burkhardschhaus und den Teilverbänden im Reich. Internats- und Externats-, Arbeitskurse und Erholungsfreizeiten finden statt. Die 21 eigenen Erholungsheime bieten willkommene Möglichkeiten. Ebenso das alkoholfreie Speisehaus „Erwa“ (Berlin, Potsdamer Straße 119), in das junge Mädchen zu einem vierwöchentlichen Kochkursus, zu gemeinsamen Mahlzeiten und frohem Beisammensein eingeladen wurden. Etwa 70 Reiseleiterinnen stehen als Jugendpflegerinnen im Dienste des Evangelischen Verbandes. Eine Hauswirtschaftslehrerin wird von der Zentrale entsandt, um in den Teilverbänden Kurse zu halten; sonstige Fachkräfte werden hinzugezogen.

Ein besonderes „Jugendopfer“ ruft jedes einzelne der etwa 215 000 festangeschlossene Mitglieder des Evangelischen Reichsverbandes weiblicher Jugend auf zu persönlicher Mithilfe und zum Mittragen der Arbeitslosen-Not. Die jungen Mädchen in den Vereinen, die Gymnasiastinnen in ihren Gruppen und Scharen, die Hausgehilfinnen in ihrer Berufsvereinigung, bis hinab zu den kleinsten Verbandskindern — den 8- bis 14-jährigen Jungscholarkindern — sie alle wollen und sollen helfen, soweit es in ihren Kräften steht, soweit sie und ihre Familie nicht selbst besonders von der Not der Zeit erfaßt sind. Die Zahl der Arbeitslosen ist unter den Mitgliedern des Evangelischen Reichsverbandes weiblicher Jugend aber noch verhältnismäßig klein. Darum ist es ihm möglich, über die Reihen der Verbandsmitglieder hinaus eine ausgedehnte Arbeitslosenfürsorge zu schaffen.

Wohl soll bei den Veranstaltungen die äußere Hilfe, wo es nötig ist, Essen, Trinken und Kleidung nicht vergessen werden, die Zeit soll genutzt werden zur Kräftigung der Gesundheit, zur Weiterbildung und Schaffung einer ernsthaften Berufsgrundlage. Diese Maßnahmen würden aber nur augenblickliche Hilfe bedeuten, wenn nicht mit ihnen die Jugend zu der Kraft des Evangeliums geführt würde, mit der allein Sinn und Unsinn unserer Zeit verstanden, ertragen und ausgewertet werden kann. H. von Kleff.

Verband Evangelischer Wohlfahrtspfleger e. V.

In diesen Tagen ist eine aus der Notzeit der letzten Jahre heraus entstandene evangelische Berufsorganisation auf dem Gebiet der deutschen Wohlfahrtspflege zum ersten Male an die Öffentlichkeit getreten. Die große Bedeutung dieser Neugründung liegt schon allein in der Tatsache, daß gerade die in der Wohlfahrtsarbeit tätigen Berufsarbeiter mitten im Ringen um Sinn und Gestalt der Wohlfahrtspflege diesem Ringen durch den aus den eigenen Reihen angestrebten Zusammenschluß die Richtung weisen. Wo immer Wohlfahrtspflege notwendig ist, handelt es sich um Hilfe vom Menschen am Menschen und diese Hilfe ist ohne eine tragende weltanschaulich fundierte Grundhaltung auf die Dauer unmöglich. Wo sich die Wohlfahrtspflege von einer solchen Bindung löst, muß sie unweigerlich in sich selbst zerfallen und kann nicht mehr Hilfe für einen Menschen bedeuten, sondern nur Almosen geben. Zweifellos steht die deutsche Wohlfahrtspflege in der Gegenwart in einer solchen Krise, nicht nur die öffentliche, vom Staat getragene, sondern auch die von den Verbänden der freien oder privaten Wohlfahrtspflege ausgeübte ist in diese Krise hineingezogen. Wenn auch die Krise größtenteils mit hervorgerufen ist durch die ungeheure wirtschaftliche Not, und die freie Liebestätigkeit und auch die öffentliche Wohlfahrtspflege dabei einen schweren Kampf um ihre Existenz kämpfen, so bricht von einer anderen Seite eine weitere Not herein. Die wohlfahrtspflegerische Arbeit wird von außen her angegriffen und verächtlich gemacht. Von innen her beginnt sie weithin zu verflachen. Mitten in diese Krise fällt die Gründung des „Verbandes evangel. Wohlfahrtspfleger e. V.“ unter der Führung von Dr. Helmuth Schreiner, Berlin-Spandau. Der Verband will an seinem Teil dabei mitwirken, in jener Notlage dem ganzen Werk der sozialen Fürsorge zu dienen, und die einzelnen Wohlfahrtspfleger in den verschiedenen Zweigen dieser Arbeitsfelder innerlich von der Grundlage des Evangeliums ohne jegliche politische Bindung stärker zu verbinden. Neben dieser gesinnungsmäßigen gegenseitigen Hilfe im Ringen um eine innere Vertiefung der Berufsarbeit soll aber auch ganz bewußt die beruflich-wirt-

schaftliche Förderung in Angriff genommen werden (Beratung in beruflichen Angelegenheiten, Mithilfe bei Abschluß von Dienstverträgen, Weiterbildung, Arbeitsvermittlung soweit möglich).

Mitglied kann jeder evangelische Wohlfahrtspfleger werden, der in der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege hauptberuflich arbeitet, wenn er eine wohlfahrtspflegerische Ausbildung empfangen hat oder mindestens 5 Jahre in der Arbeit der Wohlfahrtspflege tätig ist. Schüler sozialer Ausbildungsstätten und Personen, die diesen Bedingungen nicht genügen, aber in der sozialen Arbeit stehen, können als außerordentliche Mitglieder ohne Stimmrecht aufgenommen werden.

Die Geschäftsstelle des Verbandes befindet sich Berlin-Nichtersdorf-Ost, Wilhelmstraße 28.

Bobelschwinge feiern im Rundfunk.

Aus Anlaß des 100. Geburtstages von Friedrich von Bobelschwinge werden am 6. März im ganzen deutschen Reich und besonders in Westfalen eine große Anzahl Gedächtnisfeiern veranstaltet. Im Mittelpunkt derselben wird die Hauptfeier in der großen Stadthalle der Stadt Bielefeld stehen, in der neben dem jetzigen Leiter der Betheler Anstalten D. Fritz von Bobelschwinge noch der Vizepräsident des evangel. Oberkirchenrates D. Burghart, der westfäl. Generalsuperintendent i. R. D. Zöllner und der Wohlfahrtsminister Hirtfelder sprechen werden.

Auch der Rundfunk hat Feiern zum Gedenken dieses größten Anregers und Tatmenschen des vergangenen Jahrhunderts auf sozialem Gebiet in seinen Programmen aufgenommen. So bringt der Westdeutsche Rundfunk am 6. März um 7.20 Uhr ein Zwiegespräch zwischen Pastor Stratenwerth-Bethel und Fritz Worm über „Werk und Persönlichkeit Bobelschwings“. Die deutsche Welle überträgt am gleichen Tage von 8 bis 9 Uhr die große Gedenkfeier aus Bielefeld mit den Ansprachen der oben genannten Redner.

Ein großer Teil der andern Sender übernimmt die Sendungen. Der Westdeutsche Rundfunk hat die Übertragung des Festaktes aus Bielefeld der deutschen Welle überlassen und überträgt selbst diese Veranstaltung nicht;

Goldstandard u. Arbeitslosigkeit.

Von Dr. G. W. Schiele-Naumburg, M. d. R.

Unter dieser Ueberschrift ist kürzlich im Verlage von Gebauer-Schwetschke in Halle a. d. Saale eine Broschüre (47 Seiten) erschienen, die das Problem der Arbeitslosigkeit mit der Goldwährung unserer Tage in Zusammenhang bringt. Dr. Schiele-Naumburg, ein Volkswirt von hervorragendem Weitblick, hat hier in einer überzeugend klaren und manchmal verblüffend einfachen Formulierung die ganze soziale Not unserer Tage erklärt. Streng sachlich, wissenschaftlich werden die gewaltigen Erscheinungen der Inflation und Deflation mit mathematischer Genauigkeit charakterisiert, aber hinter diesem haß berechnenden Verstande steht immer wieder der mitfühlende Mensch, der eine tiefe Liebe zu seinem Volk und Vaterland hat. Nirgends ein Angriff auf politische andere Denkende, nirgends Schimpfereien, Entstellungen, Schmähworte, nur klare Feststellungen, ernste Forderungen, deutliche Fingerzeige.

Goldstandard ist immer relativ, das Leben der Nation aber immer absolut; denn nicht das Geld ist das eigentliche Kapital, sondern die lebendige Menschenkraft. Warum aber läßt man diese gewaltige Kapitalmasse in Deutschland müßig spazieren gehen? Weil wir eine fehlerhafte Vorstellung von Währung haben, weil die Leute an die Goldwährung glauben wie an eine Religion, und weil uns dieser Wahn in die Irre führt! Drohend und warnend steht in der Geschichte das Beispiel vom Untergang des Römischen Reiches durch Deflation, wegweisend sind die Erkenntnisse englischer Wirtschaftler, die den sog. Goldstandard beseitigen wollen. Wir leben in einer gewaltigen Ueberschuldung, und daraus resultiert alles Unheil, auch der Haß unter den eigenen Volksgenossen. Darum brauchen wir zuerst und notwendig Entschuldung (Devaluation). Nur dann verschwindet das Arbeitslosenheer in der Wirtschaft, und eine andere Hilfe kann es gar nicht geben! Es zeigt nichts deutlicher den Irrsinn unserer Zeit, als wenn der Landwirt eine schlechte Ernte wünscht, damit die Preise steigen können!

Die Schrift Schiele's ist aufsehenerregend, sie verdient allerweiteste Verbreitung. Der geringe Preis von Mk. 1,50 sollte dazu beitragen. Dr. Steinbrecht.

Deutschland in „wirtschaftlicher Sklaverei“.

Der internationale Versöhnungsbund

gegen den Youngplan.

Der Internationale Rat des Versöhnungsbundes hat auf einer Tagung in Elmau in so scharfen Worten zu den Kriegskrediten und anderen internationalen Fragen Stellung genommen, wie es bisher wohl keine andere internationale Körperschaft gewagt hat. Außer Deutschland (Prof. D. Siegmund-Schultze-Berlin) waren vertreten: Frankreich, England, Vereinigte Staaten, Schweden, Dänemark, Tschechoslowakei. Der Bund, der auf religiöser Grundlage zu einer Versöhnung der nationalen und sozialen Gegensätze beizutragen sucht, wendet sich in seinem Aufruf zunächst gegen die Politik der Vereinigten Staaten, die noch immer alle Vorschläge auf Erlass der Kriegsschulden abgelehnt hätten, und fordert einen „völligen gegenseitigen Erlass“ all dieser aus dem Kriege stammenden Verpflichtungen. Ueber den Youngplan wird festgestellt, daß er sich infolge der Weltwirtschaftskrise so auswirke, daß der Zweck der Erleichterung fast vereitelt

Technikum Lage.

Das Wintersemester am Technikum Lage i. Lippe begann am 28. Oktober 1930. Trotz der allgemeinen schlechten Wirtschaftslage hat die Besucherzahl gegenüber dem Sommersemester sehr stark zugenommen, ein Zeichen dafür, daß die Bemühungen der Schulleitung um einen modernen Ausbau des Unterrichtswesens und der Laboratorien in den interessierten Kreisen bekannt sind und Anerkennung finden.

Unter anderem wurde für die Maschinenbau-Abteilung und für das Fachgebiet „Seizungstechnik“ die Dampfkraftanlage des Maschinenbau-Laboratoriums durch einen großen Dampfkessel von 60 Quadratmeter Seizfläche, mit automatischer Kohlenbeschickung, Speisewasservorwärmung und Ueberhitzung erweitert. Die neue Anlage gestattet es, den Kraft- und Heizbetrieb miteinander zu koppeln und außerdem die Laboratorien der elektrotechnischen Abteilung vom Fremdstrombezug unabhängig zu machen.

In der Abteilung für Hoch- und Tiefbau ist die Besucherzahl gegenüber den Vorjahren ganz erheblich gestiegen. Die Schulleitung sieht hierin einen Erfolg ihrer Bestrebungen, welche darauf gerichtet sind, durch eine weitgehende Ausbildung im Zeichnen, Entwerfen und Modellieren, durch Berücksichtigung aller modernen Unterrichtsfächer im Lehrplan und durch Uebungen in dem musterträglich eingerichteten Baustofflaboratorium, die Studierenden der Bauabteilung nach den modernsten Gesichtspunkten auszubilden.

Der Ausbau der Abteilung Ziegeleiwesen und Bauhermetik ist soweit vorgeschritten, daß sowohl der Lehrplan als auch die Laboratorien den Studierenden alles bieten, was sie befähigt, den in diesem Zweige der Technik in besonderer Maße auftretenden Schwierigkeiten mit Erfolg zu begegnen.

Das Sommersemester beginnt am 28. April 1931. Lehrpläne versendet das Sekretariat kostenlos.

wurde. „M
es würdlich,
Fortsetzung
schaffliche
Gewalt ruf
Gruppen“. I
nationale R
Völker zu ei

M

Grundriss

Die e
Alexander,
mittags in P
land zurück
reich erklärt
„glücklich, e
die Freunds
lien festige.
Genser W
fortsetzen.“

Gleich
Briand und
sich Grandi

„Wir si
Gnau über
doner Secab
betreffend di
nen Abmach
gelung unser
Regierungen
freundschaftl
fernung, die
Verhandlung
nen in Mon
Beseitigung
hat, bewiesen

Wir fin
gung zwischen
allgemeinen
Weltrechts
lassen wird,
schaffen die
ergeben könn

Da die
rungen noch
Amerikas, I
öffentlich n
Kommentar
dient aber d
redung mit
ßen Opfe
im Interesse
gebracht hat
nicht“ frag
reich irgend
sagen gemac
rungen beitr
Frage in de
der ganze L
Nach e
Beris sicher

Deu
Beg

Auf der
steht die zw
clums in Ver
Waffenm
Nach diese
Schußgeleg
bewiesen, son
bestanden
mitgeführt me

Abg. Dr.
Schaffströ
Staatsgebi
daß unter V
den preisge
Anker Volk
noch an ei
Wir brauche

Der moralis
liche Kredit
schädigt, wen
Demgegenübe
Ordnung ener
mißbraucht, d
Die Trennung
zerstörenden
negativ polit
kann mit dem
schleichen, daß
schen Volkes
den Mut auf
machen. — D
Kommunisten
wischen Bro
Abg. Schre
strebungen der
land.

Die Jugend
der Weimar
verbunden i

Dazu sei große
Der Mangel d
habilitierten
Arbeitskraft
die nachdrück
gegen das B
Neues“.

Abg. von
Schmidel, we
ihren Auszug
sein. Wir bel
mehrheit fast
baut ist.

im Verlage von
eine Broschüre
der Arbeitslosigkeit
in Zusammen-
Bolschewist von
mer überzeugend
schen Formulier-
erklärt. Streng
haltigen Erschei-
n mit mathema-
hinter diesem
wieder der mit-
zu seinem Volk
iff auf politisch
ien, Entstellungen
gen, ernste Fol-

eben der Nation
ist das eigent-
Menschenkraft.
Kapitalmasse in
Reich wir eine
haben, weil die
e an eine Re-
die Ihre führt!
schichte das Bei-
liches durch De-
englischer Wirt-
seitigen wollen
bung, und dar-
daß unter den
wir zuerst und
on). Nur dann
Wirtschaft, und
eben! Es zeigt
als wenn der
umit die Preise

nd, sie verdient

ie Preis von

Steinbrecht.

Slaverei.

en Youngplan.

ngsbundes hat

Worten zu den

malen Fragen

keine andere

Außer Deutsche

waren vertre-

ten, Schweden,

der auf religiö-

nationalen und

bet sich in sei-

er Vereinigten

auf Erlaß der

rt einen „völlig-

in Kriege stam-

ungplan wird

tschaftskrise so

g fast vereitelt

Mentalität des

Ramen Vodel-

ie i, Lippe be-

meinen schlech-

gegenüber dem

in Zeichen da-

um einen mo-

der Laborato-

find und An-

menbau-Abteil-

stetchnik“ die

Laboratoriums

Quadratmeter

erhöht. Die neue

etriebsmittel-

eratoren der

ombezug un-

u ist die Be-

hebtlich gestie-

Erfolg ihrer

, durch eine

ntwerfen und

modernern Un-

ngen in dem

atorium, die

bernsten Ge-

ehl und Bau-

erenden alles

ige der Tech-

wierigkeiten

April 1931.

los.

wurde. „Aufs neue enttäuscht und ernüchtert“, so heißt es wörtlich, „ist das deutsche Volk in innerer Unruhe. Die Fortsetzung eines Zustandes, der in Wirklichkeit wirtschaftliche Sklaverei bedeutet, stärkt die Kräfte, die nach Gewalt rufen und schwächt die friedensfreundlichen Gruppen“. Zur Kriegsschuldfrage selbst führt der Internationale Rat aus: „Die bloße Selbstachtung sollte die Völker zu einem wachsenden Widerwillen bringen gegen-

über einer Theorie über die Kriegsschuld, welche die besondere Verantwortung jeder einzelnen Nation übersieht und den damals herrschenden Glauben aller Nationen an Gewalt und Kriegsmethoden außer Acht läßt.“

„Wir glauben nicht“, so schließt der Aufruf, „daß die heldenmütigen stichtlichen Kräfte tot oder im Aussterben sind, wir glauben vielmehr, daß die Stunde gekommen ist, wo wir sie erneut mit aller Macht einsetzen müssen.“

Mussolini verzichtet auf Parität.

Müllerer Henderson nach London. — Danktelegramm an Grandi. — Freude in Paris.

Die englischen Minister Henderson und Lord Alexander, die auf der Rückreise von Rom bis Montag mittig in Paris weilten, haben sich nunmehr nach England zurückbegeben. Vor seiner Abreise aus Frankreich erklärte Henderson Journalisten gegenüber, er sei „glücklich, ein Abkommen abgeschlossen zu haben, das die Freundschaft zwischen Frankreich, England und Italien festsetzt. Man werde nun die Vorbereitung zur Genfer Abrüstungskonferenz mit größerem Vertrauen fortsetzen.“

Gleichzeitig wurde ein Telegramm bekannt, das Briand und Henderson an den italienischen Außenminister Grandi gesandt haben, und in dem es heißt:

„Wir sind glücklich, mitteilen zu können, daß wir mit Ihnen über die in Rom zur Regelung der auf der Londoner Seeabstimmungskonferenz noch nicht gelösten Fragen betreffend die Einschränkung der Flottenrüstungen getroffenen Abmachungen einig sind. Wir sind bereit, diese Regelung unseren Regierungen und den anderen interessierten Regierungen zur Billigung zu empfehlen. Wir wollen der freundschaftlichen und entgegenkommenden Haltung Anerkennung, die die italienische Regierung im Laufe dieser Verhandlungen namentlich während der letzten Sitzungen in Rom, bei denen sie eine loyale Bemühung zur Befestigung der Meinungsverschiedenheiten unternommen hat, bewiesen hat.“

Wir sind überzeugt, daß die zustandgekommene Einigung zwischen den Vertretern unserer drei Völker sehr zum allgemeinen Fortschritt des Wertes der Konsolidierung des Weltfriedens beitragen wird. Wir möchten, daß nichts unterlassen wird, um den Nutzen, der sich aus der dadurch geschaffenen Atmosphäre des Vertrauens und der Freundschaft ergeben könnte, diesem Werke angedeihen zu lassen.“

Da die Einzelheiten der neuen Flottenvereinbarungen noch geheim sind und erst nach der Zustimmung Amerikas, Japans und der britischen Dominions veröffentlicht werden, legen sich die Zeitungen in ihren Kommentaren noch Zurückhaltung auf. Beachtung verdient aber der Satz, den die „Times“ aus einer Unterredung mit Grandi anführt und in dem von „großen Opfern“ die Rede ist, die Italien „freiwillig“ im Interesse des europäischen und des Weltfriedens gebracht hat. Wenn die liberale Zeitung „News Chronicle“ fragt: „Wissen wir bereits alles, oder sind Frankreich irgendwelche bisher noch nicht ausgesprochene Zusagen gemacht worden, damit es den neuen Vereinbarungen beitrage?“ dann rückt das Blatt damit die ernste Frage in den Vordergrund, von deren Beantwortung der ganze Wert des Flottenpaktes abhängt.

Nach einem Bericht des „Daily Telegraph“ aus Paris sichern die neuen Vereinbarungen Frankreich

eine Ueberlegenheit von etwa 150 000 Tonnen.

Die schwierigste Frage sei, einen Wortlaut zu finden, der Aussicht darauf habe, für den amerikanischen Senat annehmbar zu sein; denn die neue französisch-britisch-italienische Vereinbarung decke sich in einigen Beziehungen nicht ganz mit dem Londoner Flottenvertrag, besonders was die U-Boote betreffe. Frankreich seien nämlich 70 000 Tonnen U-Boote zugebilligt worden, d. h. mehr als England, den Vereinigten Staaten und Japan, die je 52 700 Tonnen haben dürfen. Frankreich und Italien würden die gleiche Zahl von 10 000-Tonnen-Kreuzern haben, nämlich je sieben; aber die Schlachtkreuzer von 23 000 Tonnen, die Frankreich zu bauen plane, würden von den italienischen Neubauten nicht übertroffen werden.

Berechtigte Freude

Frankreichs über den Abschluß

des Abkommens mit Italien.

— Paris, 3. März. Der „Temps“ begrüßt die Erklärung Hendersons, wonach das Flottenabkommen mit Italien wesentlich dazu beitrage, die Freundschaft zwischen den drei Staaten zu festigen und die Vorbereitungen der kommenden Abrüstungskonferenz in einer Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens möglich zu machen. Das Blatt fügt diesen Ausführungen hinzu, das Ergebnis der Verhandlungen habe bewiesen, daß die „Entente cordiale“ nie aufgehört habe zu bestehen. Alle Aussichten seien dafür vorhanden, daß die französisch-italienische Freundschaft wieder Wirklichkeit werde.

Das „Journal des Debats“ warnt als eines der wenigen Blätter vor übertriebener Freude, bevor nicht die endgültigen Ziffern des gegenseitigen Flottenverhältnisses bekannt gegeben seien. Man dürfe vor allem auf die Beantwortung der Frage gespannt sein, ob die Ueberlegenheit, die Frankreich zuerkannt worden sei, sich auf Neubauten oder aber auf alte Kriegsschiffe beziehe. Die nationalistische „Liberte“ betont, man brauche sich nicht (auf einmal) — Die Red. — bei den Tonnageziffern aufhalten, wenn das französisch-italienisch-englische Abkommen als der Ausdruck der gleichen Auffassung auf allen Gebieten anerkannt werden könne. Das neue Abkommen bedeute nichts, wenn es nicht endgültig die Spannungen löste, die bisher zwischen Frankreich und Italien bestanden habe.

Wir halten eine Verfassungsreform für dringend notwendig. Wir wollen, daß der Reichspräsident gleichzeitig preussischer Staatspräsident wird, daß das Wahlalter herabgesetzt wird. Das jetzige frühe Wahlalter hat dazu geführt, daß die Jugend heute umschmeißelt wird, statt erzogen zu werden. Wir müssen wieder zu bestimmten Tagungsabschnitten kommen. Wir brauchen auch eine zweite Kammer, die durchaus keine reaktionäre Einrichtung zu sein braucht. Wir brauchen weiter eine Verfassung der Macht des Reichspräsidenten in der Richtung, daß die Regierungsmacht stabiler wird.

Von den Sozialdemokraten ist inzwischen eine Entschließung eingegangen, die verlangt, daß alle Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten, die zur Ausübung ihrer Obliegenheiten als Reichstagsmitglieder beurlaubt sind, zum Dienst herangezogen werden, sofern sie ihre Obliegenheiten als Abgeordnete nicht erfüllen.

Abg. Behold (Wirtschaftsp.) bedauert die Kürzungen im Haushalt des Innenministeriums, von denen besonders die Arbeiterwissenschaftlicher Art betroffen würden. Er betont, daß er am Remarque-Film nichts gefunden hat, was das Verbot verlangt, daß aber die Staatsautorität fordert, ein einmal ausgesprochenes Verbot auch anzuerkennen. Zu bedauern sei, daß ein Reichsgesetz zurzeit nicht geschaffen werden kann. Die Ueberordnung im Schulwesen sei zu beseitigen; ein neuntes Schuljahr erscheine nicht erwünscht. Eine Wahlreform sei unannehmbar, wenn sie nicht auch die Erhöhung des Wahlalters bringe. Auf die Technische Hochschule könne angesichts der Kämpfe in der Arbeiterkammer immer noch nicht verzichtet werden.

Abg. D. Mumm (Christl.-Soz. Volksp.): Im Innenministerium, aus dem geschichtlich alle anderen Reichsämter hervorgegangen sind, muß der Staatsgedanke lebendig sein. Er erschoß sich nicht in möglichst viel Einnahmen und möglichst viel Wohlstand, sondern der Grundgedanke des Staates ist der Schutz. Erle Aufgabe des Staates ist es, seinen Bürgern Schutz gegen alle Gewalttätigkeit und Ungerechtigkeit zu geben. Wir danken der Schutzpolizei, daß sie sich mit der Waffe für die Ordnung einsetzt. Wir alle, die den Staatsgedanken hochhalten, achten den „unbekannten Schutzmann“, der im Straßenaufbruch sein Leben läßt, der gleichen Ehre wert wie den unbekannten Soldaten. Mancher aber ist es, im Aufruf zu fallen. Wir stellen dem Hof mancher Arbeiterloser nicht gleichen Haß entgegen, mancher, der behaglich in der Stube sich über die Arbeitslosenmühle äußert, würde vielleicht ebenso wild werden, wenn er gleiches Unrecht erfahren hätte, daß vielleicht ein verzweifelter Arbeiterloser erfährt. Lassen wir in die eigene Brust und hüten wir uns vor lieblosem Urteil über Bergwerkseite. Hart sei aber das Urteil über diejenigen, die andere durch Hohnwort in die Tünnisse treiben.

Abg. Dr. Kütz (Staatsp.) fordert, daß die Staatsautorität sich gegenüber der zunehmenden Radikalisierung der Politik durchsetze, ebenso die Autorität des Parlamentes gegen Sabotageversuche. Die jetzige Reform der Geschäftsordnung kann nur ein Anfang sein. Es handelt sich nicht um Mundtotmachung einer Opposition, sondern um Erneuerung der politischen Anständigkeit. Die Reichsreform ist nicht nur Gegenstand staatsrechtlicher Prüfung, sondern eine Sache politischen Willens.

Zu einer Reichsreform gehört auch eine Wahlreform, bei der die Einzelpersönlichkeit wieder zur Geltung kommt und bei der durch kleinere Wahlkreise eine persönliche Vertrauensbeziehung zwischen Abgeordneten und Wählern wieder möglich wird.

Der Remarque-Film hat viel zweifel Staub aufgewirbelt. Es wäre eine Schmach für Deutschland, wenn die Zensur über Filme von der Gasse ausgeht würde.

Zur freundlichen Beachtung!

Die von den Lesern bestellten Vodelschwingh-Jestnummern kommen am Dienstag zum Versand. Die Abonnenten erhalten ihre Jestnummer am Freitag auch als laufende Nummer. Wir bitten alle Verteiler dieser Vodelschwingh-Nummer und auch die Redner, diese Gelegenheit recht ernstlich als eine Werbebelegenheit für den „Aufwärts“ zu benutzen.

Die Mandatsverteilung in Braunschweig.

— Braunschweig, 3. März. In den braunschweigischen Städten wurden insgesamt 208 Stadtverordnete gewählt. Davon entfielen auf die Nationalsozialisten 47 (vorher 2); außerdem sind sechs Stahlhelmmandate vorhanden. Auf die verschiedenen Listen bürgerlichen Gepräges entfielen 62 Sitze (vorher 105), auf die Sozialdemokraten 72 (vorher 94), auf die Kommunisten 21 (4). Von 102 Kreistagsitzen erhielten die Nationalsozialisten 32 (vorher 2), verschiedene bürgerliche Listen 21 (46), die Sozialdemokraten 42 (53), die Kommunisten 7 (1).

Von den 13 Landstädten haben eine nationalsozialistische Mehrheit neun Städte, und zwar Bad Harzburg, Blankenburg, Gandersheim, Helmstedt, Holzminden, Königslutter, Schöppenstedt, Seesen und Wolfenbüttel. In Stadtfeldendorf ist das Verhältnis gleich zu gleich, in Schöningen stehen sieben bürgerliche acht Sozialdemokraten und Kommunisten gegenüber, in Eichershausen und Hasselfelde ist das Verhältnis fünf Linke zu vier Rechten.

Von den sechs Kreistagen haben drei eine bürgerliche Mehrheit, und zwar Braunschweig, Helmstedt und Wolfenbüttel, eine Linkenmehrheit ist vorhanden in den Kreistagen von Blankenburg, Gandersheim und Holzminden. Die Wahlbeteiligung betrug 84 Prozent gegen 89,29 Prozent bei den Landtagswahlen im September 1930.

Die Politik des Rundfunks.

Geheimrat Dr. Quack hat an den Reichsinnenminister Dr. Wirth folgendes Schreiben gerichtet:

„Der sozialdemokratische Abgeordnete Paul Löbe hat im Rundfunk über meine Stellungnahme im Reichstag Mitteilungen verbreitet, die wahrheitswidrig den Anschein erwecken, als ob ich jemals Vorschläge zur Änderung des Budgetrechtes gemacht hätte, wie solche jetzt durch die jüngste Novelle zur Geschäftsordnung des Reichstags unter Verletzung der Verfassung Tatsache geworden ist.“

In allen Kulturstaaten ist das Recht der freien Meinungsäußerung sowie die Gleichberechtigung der Staatsbürger rechtlich gewährleistet. Gegen diese Grundsätze des Rechtslebens verstößt es, wenn amtliche aus Steuermitteln und regierungsseitig kontrollierte Einrichtungen wie der Rundfunk einseitig den Agitatoren einer Partei zur Verfügung gestellt werden. Die Verletzung dieser Grundsätze tritt um so krasser hervor, wenn die öffentlichen Einrichtungen zur Verbreitung von Unwahrheiten mißbraucht werden, ohne daß eine Gelegenheit zur Gegenäußerung gegeben wird.

In diesem Zusammenhang darf ich darauf hinweisen, daß der von mir genannte Reichstagsabgeordnete Paul Löbe in einem früheren Rundfunkgespräch die Behauptung aufgestellt hat, daß er auf die Hälfte der Aufwandsentschädigung, die ihm in vierfacher Höhe der Abgeordnetenbezüge als Präsident des Reichstags zusteht, verzichtet habe, während er in einem Brief an die nationalsozialistische Fraktion des Reichstages vom 11. Februar 1931 die gegenteilige Behauptung aufstellte, daß nämlich ein Verzicht auf die Aufwandsentschädigungen nicht zulässig sei.

An Sie, sehr geehrter Herr Reichsminister, richte ich die Frage, ob Sie beabsichtigen, diesem Mißbrauch der Ihnen unterstehenden öffentlichen Einrichtungen zu Parteizwecken nunmehr endlich Einhalt gebieten.“

Verfahren gegen die Stahlhelmführer.

— Halle, 3. März.

Der Generalstaatsanwalt in Berlin hat, wie hier soeben bekannt wird, gegen die Bundesführer des Stahlhelms, Seidte und Disterberg, auf Grund des Paragraphen 5, Absatz 1 des Republikstrafgesetzes in Verbindung mit Paragraph 20 des Reichspressegesetzes wegen des Aufrufes in der „Stahlhelmzeitung“ Nr. 2 ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Der am 18. Januar erschienene Aufruf war die Einladung zum Volksbegehren auf Auflösung des Preussischen Landtags.

Merkwürdig!

Die nächsten Aufgaben.

Neue Rede des Reichsarbeitsministers. — Sanierung auch der Gemeinden.

Im Haushaltsausschuß des Reichstags wandte sich Reichsarbeitsminister Stegerwald gegen den Vorwurf, die staatliche Lohnpolitik habe die politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten verschärft. Ueber die nächsten Aufgaben führte der Reichsarbeitsminister aus:

Einmal ist die Sanierung der Gemeinden notwendig. Die Arbeitsfredung muß ernsthaft in Angriff genommen werden. Schließlich müssen dann noch eine Reihe von kleineren Staaten im Benehmen mit dem Gutachterausschuß zur Arbeitslosenfrage zusammen wirken. Die Preisfestsetzung hat sich bisher noch nicht genügend ausgewirkt. Es muß ausdrücklich gesagt werden, daß, wenn keine Preisfestsetzung in größerem Ausmaß kommt, diese Tatsache auch bei der Lohnpolitik in Rechnung gestellt wird.

Sinsichtlich der Auseinandersetzungen zwischen Industrie und Landwirtschaft verwies der Minister darauf, daß gegenwärtig in der Landwirtschaft 15, durch den Außenhandel bis zu zwölf Millionen beschäftigt würden.

